

# **Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung: Positionspapier zum Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“**

Mit diesem Positionspapier und den darin enthaltenen Forderungen möchte die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD) einen Beitrag zur inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ ab 2011 leisten.

Wir suchen mit diesem Papier die interne Diskussion mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern auf der Bundesebene und freuen uns auf einen konstruktiven Dialog.

## **1. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Stärkung demokratischer Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe <sup>(1)</sup>**

Die Bundesregierung hat mit den Bundesprogrammen „Vielfalt tut gut“ und „kompetent“ gezeigt, dass sie sich dieser Verantwortung stellt. Diese gesamtgesellschaftliche Verantwortung sollte sich nun auch in der inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung des neuen Bundesprogramms niederschlagen. Dabei muss die finanzielle Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen über die gesamte Laufzeit sicher gestellt sein. Nur so können die Impulse aus dem Bund nachhaltige Wirkung entfalten. Einhalt geboten werden muss jedoch dem Prozess der „Verstaatlichung“ der Zivilgesellschaft, der seit 2007 durch die Rahmenbedingungen der Bundesprogramme begonnen hat. <sup>(2)</sup> Zivilgesellschaftliche Initiativen wollen und können unabhängig arbeiten und dürfen nicht zum Anhängsel staatlicher Strukturen werden.

## **2. Die Neufokussierung des Bundesprogramms auf „Extremismus“ führt ins Leere**

Die geplante Erweiterung der Bundesprogramme auf die Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus vermengt völlig unterschiedliche Phänomene und damit einhergehende Wert- und Gesellschaftsvorstellungen. Sie stimmt zudem weder mit den Befunden wissenschaftlicher Untersuchungen <sup>(3)</sup> überein, noch entspricht sie in Bezug auf Erscheinungsformen und deren Auswirkungen der bundesdeutschen Realität. Meinungsumfragen, soziologische Untersuchungen und die pädagogische Arbeit gegen Rechtsextremismus zeigen, dass es sich bei rassistischen, antisemitischen und anderen minderheitenfeindlichen Haltungen nicht um „extreme Erscheinungen“ an den gesellschaftlichen Rändern handelt. Sondern dass diese Einstellungen zur Normalität in der Mitte der Gesellschaft gehören.

---

<sup>1</sup> Es gibt bisher keinen ernsthaften Versuch auf Bundesebene für ein übergreifendes, integriertes Konzept gegen Rechtsextremismus. Vielmehr sind die Modellprogramme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Teil eines unkoordinierten Nebeneinanders von unterschiedlichen und unverbundenen Ressortpolitiken (Innenministerium, Arbeitsministerium, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bildungsministerium, Justizministerium, Bundeszentrale für politische Bildung etc.), von repressiven und präventiven staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Strategien geblieben. (vgl.: Roland Roth (2010): Demokratie braucht Qualität, FES-Projekt gegen Rechtsextremismus, S. 81 f.)

<sup>2</sup> Der Begriff „Verstaatlichung der Zivilgesellschaft“ bezieht sich auf Kritik der wissenschaftlichen Begleitforschung zu den aktuellen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus und meint den Versuch, durch staatliche Einflüsse zivilgesellschaftliche Projekte und Trägerpolitik zu steuern bzw. zu beeinflussen.

<sup>3</sup> Vgl. Wilhelm Heitmeyer (2002-2010): Deutsche Zustände, Oliver Decker/Elmar Brähler (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland

Besonders in ländlichen Regionen, in denen ein großes rechtsextremes Potenzial existiert, wird ein undifferenzierter Extremismuskurs von Kommunalpolitikern und -verwaltungen instrumentalisiert, um Inkompetenz, Gleichgültigkeit und offene oder verdeckte Sympathien angesichts gravierender Probleme mit Rechtsextremismus zu rechtfertigen. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger als Linksextremisten diffamiert, wenn sie einen problematischen Umgang in Kommunen mit Rechtsextremismus oder rassistischen Gewalttaten kritisieren.

### **3. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus muss insbesondere in den Kommunen geführt werden**

Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und -politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft muss verstärkt werden. Dies kann nur gelingen, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen von den Kommunen finanziell unabhängig sind. Leitbilder für eine menschenrechtsorientierte Kommune in Gemeinden und Städten sind gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln.

Das Instrument der Lokalen Aktionspläne (LAPs) hat hierbei teilweise zu guten Ergebnissen geführt. Erfolg haben Maßnahmen dann, wenn die zivilgesellschaftlichen Akteure (mindestens) gleichberechtigt am Programm beteiligt sind und die eingesetzten Mittel für solche Maßnahmen verwendet werden, die einen stark partizipativen Ansatz verfolgen. Darauf sollte in Zukunft stärker geachtet werden. Die Umsetzung sollte in Form von Coaching durch selbst gewählte Fachkräfte, die Mobilen Beratungsteams und andere begleitet werden.

### **4. Alle Formen von Demokratiefindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit thematisieren**

Politische Bildungsangebote und Arbeit in Modellprojekten sollten alle Formen von Demokratiefindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit thematisieren und deren Erscheinungsformen sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch in Migrant\*innen-Communities behandeln<sup>(4)</sup>. Insbesondere an Schulen und im Internet sollten außerschulische Bildungsangebote langfristig angelegt und dauerhaft angemessen gefördert werden. Die vollkommen ungenügende Fehlbedarfsfinanzierung von maximal 50% der Fördersumme sollte dabei der Realität angepasst werden. Unter den hohen Kofinanzierungsanforderungen leidet insbesondere die Implementation von erfolgreich entwickelten Ansätzen in bestehende (staatliche und zivilgesellschaftliche) Regelstrukturen zu Projektende<sup>(5)</sup>. Eine Verlängerung der Laufzeit der Modellprojekte auf mindestens fünf Jahre ist fachlich dringend geboten. Die zahlenmäßige Reduzierung von Modellprojekten halten wir für kontraproduktiv<sup>(6)</sup>.

---

<sup>4</sup> Drängende Zukunftsfragen wie die Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft können in diesen Bundesprogrammen ohnehin nicht bearbeitet werden: „Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen muss an zentralen gesellschaftlichen Orten geführt werden und die Ergebnisse dieser Diskussionen müssen in den verbindlichen Curricula sowie im Pflichtprogramm von Aus-, Fort- und Weiterbildung Berücksichtigung finden“ (Rieker 2009: 178). Modellprogramme seien hierfür ungeeignet.

<sup>5</sup> Vgl. Prof. Dr. Roland Roth/Dr. Frank Gesemann/Dr. Jutta Aumüller (2010): Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – Kurzfassung, S. 5 f.

<sup>6</sup> Die Bundesprogramme böten „ein Experimentierfeld zur Entwicklung neuer Ansätze und zur Übertragung existierender Ansätze auf andere Kontexte und Arbeitsfelder. Sie haben damit die unverzichtbare Funktion, innovative Entwicklungen zu fördern sowie die im Programmkontext gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Ansätze zu dokumentieren“ (Rieker 2009: 178).

Die sich stetig wandelnden Formen von Demokratiefindlichkeit sollten in solchen Projekten ihre Entsprechung finden.

Die pädagogischen Angebote sollten den neuesten Stand der Forschung hinsichtlich partizipativer Elemente und demokratiefördernder Methoden widerspiegeln und Phänomenbereiche der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Demokratiefindlichkeit wirksam bearbeiten. Eine Vorgabe für die Bundesprogramme, politische Bildung auf Arbeit „gegen Extremismus“ zu fokussieren, wäre hier eine konzeptionelle Bankrotterklärung jeglicher politischer Bildungsarbeit.

## **5. Beratungsstrukturen und -standards in Ost und West sichern**

Mobile Beratungsteams (MBT) und Beratungsstellen für Opfer rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt bilden eine strukturelle Einheit. In den östlichen Bundesländern gehören die MBTs und Opferberatungsstellen zum festen Bestand der zivilgesellschaftlichen Beratungssysteme gegen Rechtsextremismus. Eine Ausweitung der MBTs und Opferberatungsstellen auf alle Bundesländer auf Basis der Qualitätsstandards, die in den vergangenen Jahren insbesondere in Ostdeutschland entwickelt wurden, ist dringend notwendig. Das Konzept der kurzfristig zusammengestellten Mobilen Interventionsteams/Kriseninterventionsteams – das durch das Bundesprogramm „kompetent.für Demokratie“ von 2007 bis 2010 vorgeschrieben wurde – hat sich gegenüber den MBTs und Opferberatungsstellen, die auf langfristige und nachhaltige Beratungsprozesse ausgelegt sind, als nicht wirksam in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus erwiesen. (7)

### **Für die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung:**

- AKE-Bildungswerk – Regionale Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold (NRW)
- Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste
- Amadeu Antonio Stiftung
- Arbeit & Leben Hamburg und DGB Jugend Nord, Träger des Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus
- Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
- Kulturbüro Sachsen e.V.
- LAG politisch-kulturelle Bildung Sachsen e. V.
- LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
- Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
- Mobiles Beratungsteam Hessen
- Mobile Beratung in Thüringen – Mobit e.V.

---

<sup>7</sup> Vgl. Irina Bohn/Ludger Klein (2008): 1. Zwischenbericht zur Wissenschaftlichen Begleitung des Programms: „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ S. 53 f., Irina Bohn/Ludger Klein (2009): Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für den Berichtszeitraum 01.02.2008 bis 31.08.2009 „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, S. 47 f.; Heinz Lynen von Berg/Kerstin Palloks/Armin Steil (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, S. 325 f.

- Opferperspektive Brandenburg e.V.
- RAA Berlin
- RAA Mecklenburg-Vorpommern
- RAA Sachsen e.V., Opferberatung – Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt
- Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt (THO)
- Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V.